

Warum Entschuldungsgelder auf der Bank liegen, anstatt die Armut zu bekämpfen: Das Beispiel der gesperrten Konten

Als Reaktion auf das letzte Schlüssel Info vom 15.09.2004 „Über 22 Millionen Euro Entschuldungsgelder liegen auf privaten Banken anstatt den Armen zu helfen“ kamen verschiedene Anfragen, warum dies so?

Sicher, das Thema ist komplex und die Antwort auf die gestellte Frage nicht so einfach. Ein großes Problem, auf das wir in diesem Schlüssel Info eingehen wollen, sind die gesperrten Konten.

Bei 78 von 314 Municipien ist die Unterschriftsberechtigung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Konten des von ihnen regierten Munizips aufgehoben (Stand 15. Juli 2004). Das ergab eine Anfrage von Acceso Público bei der Generaldirektion des Fiskus. Mit anderen Worten: Jedes vierte Bürgermeisteramt hat keinen Zugang zu seinem Geld; auf das ganze Land bezogen sind eine Million Menschen von dieser Sicherheitsmassnahme betroffen. Sinn und Zweck der Suspendierung der Unterschriftsberechtigung und des Einfrierens des Geldes ist Missbrauch zu verhindern.

Diese einschneidende Maßnahme durch die übergeordnete Behörde geschieht in folgenden Fällen:

1. Aufgrund einer Anzeige des Comités de Vigilancia/Aufsichtsrat der Zivilgesellschaft.
2. Bei schwerwiegenden Regierungsproblemen mit Konflikten zwischen Amtsträgern
3. Wenn das Bürgermeisteramt nicht seinen jährlichen Rechenschaftsbericht und/oder seine Finanzlage beim Wirtschaftsministerium in der vorgeschriebenen Frist vorlegt.

Nach einer Analyse von Acceso Público (Quelle: Datos&Hechos Nr. 10/2004), basierend auf offiziellen Informationen des Fiskus, Stand 15. Juli 2004, sind circa 10 % der Suspendierungen der Unterschriftsberechtigung auf Anzeigen des Comités de Vigilancia zurückzuführen. Eine ähnlich kleine Anzahl gilt für Regierungsprobleme innerhalb des Munizips. Der größte Teil – 62 von 78 Fällen oder 80 % - liegt darin begründet, dass die Bürgermeisterämter nicht ihren jährlichen Rechenschaftsbericht und ihre Finanzlage beim Wirtschaftsministerium in der vorgeschriebenen Frist vorgelegt haben.

Pando ist das Departement, mit der größten Anzahl suspendierter Unterschriftsberechtigungen. In dieser nördlichen Region sind mehr als die Hälfte der Municipien davon betroffen. Es folgen die Departemente La Paz mit 29 von 75 Municipien und Potosí mit 11 von 38 Municipien.

Im Pando ist die Suspendierung vor allem auf das nicht Nachkommen der Informationspflicht gegenüber dem Wirtschaftsministerium zurückzuführen. Im Gegensatz zu La Paz, wo jede dritte Suspendierung in einer Anzeige des Comités de Vigilancia begründet ist. Dies weist auf ein hohes Konfliktpotenzial innerhalb des Departements hin, das zugleich Regierungssitz ist.

Eine Analyse nach der Größe der Municipien zeigt, dass die kleinen und mittleren Municipien (bis 50 000 Einwohner) die größten Probleme mit der Suspendierung der Unterschriftsberechtigung haben – jedes vierte Munizip. Dagegen hat bei den großen Municipien mit über 50 000 Einwohner nur jedes zehnte Munizip dieses Problem. Diese Beobachtung stärkt die Hypothese, eine entsprechende Geschäftsführung notwendig ist, die aber nur ab einer bestimmten Größe des Munizips ermöglicht wird.

Jürgen Leonhard
Schlüssel Info Bolivien
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/Dorfstiftung

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.
Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.
Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail acesopublico@entelnet.bo, Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.